

Fachinformation Dr. Hans Penner

Bürgerdialog

www.fachinfo.eu

Steinmeier, Dr. Frank-Walter, Bundespräsident

frank-walter.steinmeier@bundestag.de

www.fachinfo.eu/steinmeier.pdf - Stand: 22.03.2017

Schreiben H. Penner vom 22.03.2017

Sehr geehrter Herr Dr. Steinmeier,

die wichtigste und mächtigste Organisation des Islam ist die OIC, eine zwischenstaatliche internationale Organisation von derzeit 56 islamischen Staaten. Die OIC hat auf einer Konferenz in Kairo 1990 eine Erklärung der Menschenrechte im Islam beschlossen, wonach die religiös legitimierte islamische Gesetzgebung, die Scharia, als einzige Grundlage zur Interpretation dieser Erklärung festgelegt wurde (siehe hier).

Im Islam ist demnach die Scharia der UN-Menschenrechte-Charta übergeordnet. Die Scharia ist festgelegt durch den Koran, das Grundsatzprogramm des Islam. Der Koran verbietet die Trennung von Islam und Staat, die Religionsfreiheit, die Meinungsfreiheit und die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Der Koran fordert Körperstrafen und die Tötung von Personen, die den Islam ablehnen (siehe hier).

Obwohl der Islam mit unserem Grundgesetz, das auf der UN-Menschenrechte-Charta fußt, mit unserem Grundgesetz unvereinbar ist, hat Frau Dr. Merkel den verfassungswidrigen Islam legitimiert und zum Bestandteil Deutschlands erklärt. Zudem fördert Frau Dr. Merkel massiv die Einwanderung von Anhängern des Islam. Frau Dr. Merkel gefährdet die Fortexistenz Deutschlands als demokratischer Rechtsstaat.

Die Äußerungen des türkischen Ministerpräsidenten verdeutlichen unmißverständlich, daß die islamische Türkei die Herrschaft über Deutschland anstrebt.

Es kann nicht darauf verzichtet werden, daß Sie sich als Bundespräsident zu dem Verhalten von Frau Dr. Merkel, die derzeit noch Bundeskanzlerin ist, zu äußern. Ich bitte Sie um eine Stellungnahme, die in www.fachinfo.eu/steinmeier.pdf veröffentlicht werden kann.

Ich hoffe auf eine Verbreitung dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner

Schreiben H. Penner vom 18.10.2013

Sehr geehrter Herr Dr. Steinmeier,

nachdem Sie vermutlich das Finanzministerium übernehmen werden (siehe SPIEGEL ONLINE 17.10.2013), darf ich mich an Sie wenden.

Wie "Deutsche Wirtschafts Nachrichten" am 17.10.2013 mitteilten, fordert der IWF in der Euro-Zone eine "Schulden-Steuer" von 10% auf alle Sparguthaben. "Damit sollen die Forderungen der Banken befriedigt und das Schulden-System gerettet werden."

Diese Forderung ist wahrscheinlich die zwangsläufige Folge der verhängnisvollen Euro-Politik von Frau Dr. Merkel. Frau Merkel hatte gesetzwidrig die No-Bail-Out-Klausel der europäischen Verträge außer Kraft gesetzt.

Ich bitte Sie um Mitteilung, ob die Meldung der "Deutsche Wirtschafts Nachrichten" zutrifft. In diesem Falle müßten die Bürger gewarnt werden. Ihre geschätzte Antwort möchte ich in www.fachinfo.eu/steinmeier.pdf veröffentlichen. Sollte ich keine Antwort erhalten, nehme ich die Korrektheit der genannten Meldung an.

Ich bemühe mich um eine Verbreitung dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner

Schreiben H. Penner vom 17.07.2012

Sehr geehrter Herr Dr. Steinmeier,

früher verteidigte die SPD die Rechte der arbeitenden Bevölkerung. Heute unterstützt die SPD die kapitalistische Europa-Politik der CDU-Bundeskanzlerin.

Irreführend ist die Bezeichnung "Europäischer Stabilitätsmechanismus" (ESM), den Frau Merkel mit allen Mitteln durchsetzen will. In Wirklichkeit handelt es sich um eine "internationale Finanzinstitution" (Art. 1 ESM-Vertrag), also um eine Bank.

Irreführend ist die Behauptung von Frau Merkel, eine "europäische Bankenaufsicht" einführen zu wollen. In Wirklichkeit darf die von Frau Merkel geforderte ESM-Bank nicht beaufsichtigt werden. Die ESM-Bank genießt Immunität (Art. 32,3 ESM-Vertrag). Archive und Räume der ESM-Bank sind unzugänglich (Art. 32,5-6 ESM-Vertrag). ESM-Mitarbeiter unterliegen der Schweigepflicht (Art 34 ESM-Vertrag).

Irreführend ist die Behauptung des Bundestagspräsidenten, die ESM-Bank würde die Haushaltssouveränität des Bundestages nicht tangieren. In Wirklichkeit hat der Bundestag lediglich auf den deutschen Vertreter in der ESM-Leitung Einfluß, nicht aber auf die Entscheidungen des ESM-Gouverneursrates. Siehe Art. 16,1 ESM-Vertrag.

Irreführend ist die Behauptung, die ESM-Bank würde nützlich für die deutsche Volkswirtschaft sein. In Wirklichkeit wird die deutsche Volkswirtschaft extrem belastet durch die Schenkung von 190 Milliarden Euro an die ESM-Bank. Dieser Betrag kann erhöht werden.

Irreführend ist die Behauptung, das Schicksal Europas würde vom Euro abhängen. In Wirklichkeit ist die Finanzkrise in Europa durch die Einheitswährung des Euro entstanden, weil durch den Euro der unverzichtbare Stabilisierungsfaktor der flexiblen Wechselkurse abgeschafft wurde.

Irreführend ist die Behauptung, die ESM-Bank würde die Wirtschaftsleistung Europas verbessern. In Wirklichkeit gibt die ESM-Bank keine Darlehen an notleidende Bürger oder an Wirtschaftsunternehmen. Die ESM-Bank hat die Aufgabe, Darlehen an marode Banken korrupter Staaten zu geben, die infolge krimineller Spekulationen bankrott sind.

Die Europapolitik von Frau Merkel ist aus meiner Sicht verwerflich, weil sie nicht nur deutschfeindlich, sondern auch europafeindlich ist, indem sie Europa spaltet. Mit Interesse sehe ich Ihrer Stellungnahme entgegen, die ich ins Internet stelle unter www.fachinfo.eu/steinmeier.pdf. Eine Verbreitung dieses Schreibens ist erwünscht.

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner